

Der Vollzugsdienst

2/2013 - 60. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Zankapfel und Dauerbrenner:
Problematik des
Länderfinanzausgleichs**

Bayern und Hessen rufen das
Bundesverfassungsgericht an

Seite 13

**Berlin will das
Tarifergebnis nicht auf die
Beamten übertragen**

Heftige Kritik an der Totalver-
weigerung des Senates

Seite 25

**Frauen im Justizvollzug (JVA Halle):
„Wir stehen unseren Mann!“
Frauenanteil liegt bei 30 Prozent**

Weibliche Bedienstete im Männer-
vollzug sind heutzutage Normalität

Seite 76

**Der BSBD – immer am Ball –
hoch engagiert und gut sichtbar**



Hamburg Seite 34



Saarland Seite 68



Schleswig-Holstein Seite 79

Fachteil: Urlaubsabgeltung für Beamte

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 „Das Maß ist voll!“
BSBD-Interview mit dem
BSJ-Ehrenvorsitzenden
Helmut Bettscheider
- 4 Petra Gerken-Wolf: „Das lange
Warten hat sich gelohnt!“
- 5 Immer mehr Frauen entdecken
dbb Gewerkschaften für sich

LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 25 Berlin
- 29 Brandenburg
- 31 Bremen
- 32 Hamburg
- 37 Hessen
- 44 Mecklenburg-Vorpommern
- 49 Niedersachsen
- 51 Nordrhein-Westfalen
- 65 Rheinland-Pfalz
- 67 Saarland
- 71 Sachsen
- 76 Sachsen-Anhalt
- 79 Schleswig-Holstein

FACHTEIL

- 83 Entscheidung des
Bundesverwaltungsgerichts
zur Urlaubsabgeltung
für Beamte
- 89 Versorgung nach Teilzeit und
Beurlaubung



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@bsbd.de vollzugsdienst.neumann@aol.com
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodmann@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Anton Bachl	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Willi Köbke	willikobke@versanet.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Helmut Halwachs	helmut.halwachs@jva-buetzow.mv-justiz.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	markuswollscheid@t-online.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Gerd Schulz	g.schulz@bsbd-thueringen.de www.thueringen.de

Landeshauptvorstand tagte am 1. März 2013 in der „Residenz des Rechts“

Dem BSBD-Optimismus schwindet die Zuversicht

BSBD-Vorstand geht neuen Umbrüchen im Vollzug und harten Zeiten bei der Personalplanung entgegen

Folgende Fragen stehen derzeit im Zentrum unserer Vorstandsarbeit:

- ▶ *Wohin führt* die **Fortschreibung des Haftplatzentwicklungsprogramms 2015** den baden-württembergischen Justizvollzug bis zum Jahr 2020?
- ▶ *Wohin führt* das **Personalentwicklungskonzept** für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte vom 22. Januar 2013 die Juristinnen und Juristen in der Leitung und im Behördenmanagement der Justizvollzugsanstalten?
- ▶ *Wohin führen* die **Sparmaßnahmen der Landesregierung** die Einkünfte unserer mit 88 Prozent im mittleren Dienst tätigen Kolleginnen und Kollegen und sind sie bald eine neue Gruppe im „Prekariat“?
- ▶ *Wohin führen* die **Begehrlichkeiten der Finanzverwaltung** die **Personalausstattungen** in den einzelnen Justizvollzugsanstalten?

Soweit die nicht gerade aufmunternde Einstimmung; die „Behandlung“ der Fragen folgt im weiteren Verlauf und an anderer Stelle in diesem Heft.

Doch zunächst zu unserer Sitzung des Landeshauptvorstands am 1. März 2013 im großen Tagungsraum der BB-Bank-Zentrale in Karlsruhe.

Eröffnung und Begrüßung

Um 9:40 Uhr begrüßte der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** die rund fünfzig Mitglieder des Hauptvorstands aus allen Landesteilen. Mit dieser ersten Sitzung nach dem 17. Delegiertentag im Oktober 2012 wollte er nochmals nach Schwäbisch Gmünd zurückblicken und den Kolleginnen seinen herzlichsten Dank für die rundum gelungene und herausragende Veranstaltung aussprechen: „Ihr habt hohe Zeichen gesetzt!“

Er dankte sodann der Direktion der **BBBank**, die den **BSBD** zu dieser Sitzung in ihre eindrucksvoll gestaltete Zentrale eingeladen hatte. In diese Anerkennung schloss er selbstredend **Frau Claudia Stoll** mit ein, die als **Direktionsbevollmächtigte für den Öffentlichen Dienst** zuständig ist; ihr übergab er nun das Wort.

Frau **Stoll** begrüßte ihrerseits die Teilnehmer der Hauptvorstandssitzung und wünschte allen, dass sie sich nicht nur in

den Räumen, sondern auch sonst bei der **BBBank** wohlfühlen mögen. Sie stellte ihre Arbeit und die Organisation des Geldinstituts vor und sie erklärte die be-

wohl die Ehrenmitglieder **Wolfram Müller**, **Wolfgang Kneip** und **Erich Haag** als auch neue gewählte Vorsitzende von Ortsverbänden herzlich willkommen. So begrüßte er als neue Mitglieder in der Runde des Hauptvorstands

- vom OV Heimsheim den Vorsitzenden **Sascha Burkard**,
- vom OV Ostalb den Vorsitzenden **Raymund Hengster** und
- vom OV Hohenasperg den Vorsitzenden **Christoph Abele**.

Mit großem Bedauern fügte **Alexander Schmid** an, dass krankheitsbedingt oder aus dienstlichen Gründen die FG-Vertreterin der weiblichen Bediensteten



Frau Stoll von der BBB inmitten des Vorstands.

sonderen Prinzipien, die für eine genossenschaftliche Einrichtung wie die ihre gelten, sowie die Vorzüge, die sie für ihre Mitglieder – und nicht Kunden – jederzeit bereit hält.

Sie würdigte auch die guten „unbürokratischen“ Kontakte mit dem **BSBD** und sie freute sich auf eine weitere angenehme Kooperation mit entsprechenden Angeboten seitens der **BBB**. Im Anschluss hieß der Landesvorsitzende so-

Marita Tisljar, LaVo-Justitiar **Gerhard Maurer-Hellstern**, OV-Vorsitzender **Joachim Schork** aus Adelsheim und der designierte FG-Vertreter für den Psychologischen Dienst **Hans Guggenheim** entschuldigt seien. Als wohl künftigen Vertreter der FG „Junge Bedienstete“, der dem Hauptvorstand zur Bestellung vorgeschlagen werde, konnte er indessen Kollegen **Philipp Weimann** aus Heilbronn begrüßen.



Bärbel Woyan und Elfriede Enсле-Bohn aus Schwäbisch Gmünd.



Ehrenmitglieder Wolfram Müller (li.) und Wolfgang Kneip.



Der Landesvorsitzende bei seinem Bericht.

Bericht des Landesvorsitzenden Alexander Schmid

Als Novum zur Ausstattung der Ortsverbände mit umfassenden Informationen zur Gewerkschaftsarbeit verkündete der Vorsitzende, dass im Zeitalter der „Elektronischen Dateien“ es ein Leichtes sei, solche den OV-Vorsitzenden und den FG-Vertretern zur Verfügung zu stellen. Er habe deshalb eine entsprechende Anzahl von **USB-Sticks** mit Dateien aufladen lassen, die bei der Sitzung verteilt werden und die sich s. E. hervorragend zum Einsatz bei Veranstaltungen in den Ortsverbänden im Lande eignen würden.

Den **BSBD-Mitgliedern** könnten so flächendeckend grundlegende Schriften und Übersichten sowie auch aktuelle Ereignisse mittels moderner Kommunikationsmittel – wie durch Power-Point-Präsentationen – vorgestellt und zugänglich gemacht werden. Er selbst werde auch nach den Inhalten des USB-Sticks seinen Bericht gestalten.

Gewerkschaftstage im Jahr 2012

• Hier war zunächst das überraschende und verbandspolitisch prägende Ereignis des **17. Delegiertentags des BSBD LV** am 25. und 26. Oktober 2012 in Schwäbisch Gmünd. Für den Vollzug hatten dabei die künftige Entwicklung im Land sowie der Erhalt der **Personalstärke in den Anstalten** bei sinkenden Gefangenzahlen höchste Priorität. Mitbestimmt wurde diese Veranstaltung aber auch durch den Dauerstreit aller Beamten-Gewerkschaften mit der grün-roten Landesregierung ob der nacheinander aufgelegten Sparpakete 1, 2 und 3, ohne dass die so hehr verkündete „Politik des Gehört-Werdens“ auch nur ansatzweise praktiziert worden wäre. In diesem Punkt fand unser Delegiertentag durch die „Brandrede“

des **BBW-Vorsitzenden Volker Stich** bei der Festveranstaltung landesweite Beachtung (s. hierzu auch **DER VOLLZUGSDIENST** 6/2012, S. 7ff. und a.a.O. in diesem Heft).

- Ein weiteres Großereignis, an dem der **BSBD** mit einer starken Gruppe teilgenommen hatte, war der **BBW-Gewerkschaftstag am 4. und 5. Dezember 2012 in Ludwigsburg**, bei dem der Vorsitzende **Volker Stich** der **BBW-Tarifunion** mit 97 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde. Auch diese Veranstaltung, bei der auch Ministerpräsident **Wilfried Kretschmann** sowie die Fraktionsvorsitzenden **Edith Sitzmann (Grüne)** und **Claus Schmiedel (SPD)** als Gastredner aufgetreten waren, stand ganz im Zeichen der einseitigen und ungerechten Sparpolitik zu Lasten der Beamten. Und obgleich mit der Landesregierung wiederum hart ins Gericht gegangen wurde, blieb der schale Geschmack zurück, dass alles aber auch gar nichts nützt (s. hierzu auch **DER VOLLZUGSDIENST** 1/2013, S. 16 ff. und a. a. O. in diesem Heft).
- Auch auf Bundesebene wurde eine Großveranstaltung mit weitreichenden Beschlüssen durchgeführt. Der **Gewerkschaftstag des Deutschen Beamtenbundes (dbb)** wählte am 1. Dezember 2012 mit **Klaus Dauderstädt** einen neuen Vorsitzenden und er verschmolz seine beiden maßgeblichen Bestandteile miteinander: **dbb** und **dbb-tarifunion** „fusionierten“ zur Einheit und verbanden damit die Interessen der Beamten mit denen der Tarifbeschäftigten. Dieser machtvolle Zusammenschluss mit rund 1,26 Mio. Mitgliedern war politisch wichtiger denn je, denn es zeigt sich immer wieder, dass bei Verhandlungen bzw. Festlegungen über Einkommen von Beamten und Beschäftigten die Vorstellungen der po-

litisch Verantwortlichen – besonders in den Ländern – häufig auseinanderdriften. Bei den allseits hochgefahrenen Sparplänen entsteht nicht selten der Eindruck, dass man die beiden großen Gruppen des öffentlichen Dienstes gegeneinander auszuspielen versucht; dem muss kraftvoll entgegengewirkt werden. Im Bundesvorsitz des **dbb** ging eine Ära zu Ende: der nicht nur wegen seiner glänzenden Rhetorik hochgeschätzte **Peter Heesen** gab nach neunjähriger Tätigkeit an der höchsten Verbandsspitze den Stab des Vorsitzenden an **Peter Dauderstädt** weiter, der mit großer Mehrheit von den Delegierten gewählt wurde.

Tarifrunde 2013

In seinem weiteren Bericht sprach der Landesvorsitzende die gerade laufende **Einkommensrunde 2013** für die Tarifbeschäftigten der Länder an (**TV-L**). Hier gingen die Vorstellungen des Machbaren noch sehr weit auseinander und es sei evtl. mit Streiks und Großdemonstrationen zu rechnen, woran sich auch der **BSBD** beteiligen würde. Ausgangspunkt sei die wohl bekannte Forderung der **dbb-tarifunion** und von **ver.di** mit **6,5 Prozent**



Einkommenserhöhung. Ein Angebot der Arbeitgeber stehe noch aus, aber als untrügliches Zeichen habe man den sächsisch-anhaltinischen Finanzminister **Jens Bullerjahn** als Verhandlungsführer der TdL vorgeschickt, um exemplarisch die Armut in den Landeshaushalten zu dokumentieren. In unserem Bundesland schließt der Vorsitzende einen „heißen Tanz“ nicht aus, da die Landesregierung bereits vorab eine Übernahme des Tarifabschlusses für ihre Beamten kategorisch abgelehnt hat und unbeirrt daran festhält. Man weiß nur noch nicht genau, wie die „Zwangsmaßnahmen“ aussehen sollen: **Deckelung auf höchstens 1,5 Prozent (Finanzminister Schmid) oder Nullrunde (Ministerpräsident Kretschmann) oder zeitliche Verschiebung (Fraktionsvorsitzender Schmiedel) ... oder alle Drei zusammen?** Jedenfalls wird es am 5. März 2013 eine große Kundgebung zu den Tarifverhandlungen in Stuttgart mit **BBW-Vorsitzenden Volker Stich** geben. **Alexander Schmid** hofft und bittet darum, dass der **BSBD** dabei mit einer stattlichen Teilnahme aufwarten kann (s. auch Fotobericht in diesem Heft).

Zwischenzeitlich ist eine Einigung am 9. März 2013 erzielt worden, die sich sehen lassen kann: So werden die Tarifbeschäftigten der Länder u.a. insgesamt 5,6 Prozent mehr Geld bekommen, aufgeteilt auf die Jahre 2013 und 2014 – ab 1. Januar 2013 eine Erhöhung von 2,65% und ab 1. Januar 2014 eine solche von 2,95 Prozent. Hierzu der BBW-Vorsitzende: Dies steht den Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg ohne jeden Abstrich in gleicher Weise zu – ohne Deckelung und ohne Zeitverzögerung. Andernfalls schrecke man vor einem Gang zum Bundesverfassungsgericht keineswegs zurück!

Länderfinanzausgleich

Auf den an die OV ausgeteilten **Speicher-Stick** hat der Vorsitzende auch eindrucksvolle grafische Darstellungen aus der *Stuttgarter Zeitung* zum Länderfinanzausgleich geladen. Die komplizierten Berechnungen und die Folgen für die Bundesländer gehen aus diesen Abbildungen mit guter Transparenz deutlich hervor. So wird die Funktionsweise des Finanzausgleichs ebenso erklärt wie der Schuldenstand der einzelnen Länder nach erfolgtem Ausgleich und wer dann am meisten profitiert hat. *(Diese drei Grafiken werden wegen ihres hohen Informationsgehalts an anderer Stelle dieses Heftes abgedruckt.)*

Es ist ja bekannt, dass es zurzeit nur noch **drei „Geberländer“** gibt, wobei Bayern 3,9 Mrd. €, Baden-Württemberg 2,7 Mrd. € und Hessen 1,3 Mrd. € in den Topf des LFAs einzahlen müssen. Alle anderen sind die „**Nehmerländer**“, an der Spitze Berlin mit 3,3 Mrd. € und Sachsen mit knapp 1 Mrd. €. Da ist es ohne Frage nachvollziehbar, dass die Bundesländer Bayern und Hessen nunmehr mit einer Klage vor das Bundesverfassungsgericht ziehen wollen, um eine Umgestaltung und einen gerechteren Ausgleich zu erzielen. Nur Baden-Württemberg ziert sich und setzt weiter auf Verhandlungen, die

aber auch zurückliegend nichts brachten: die Geberländer beklagen ihre Spenden ohne Wiederkehr, die Nehmerländer halten still, freuen sich über den Geldsegen und leisten sich Sachen, die die Geberländer dann nicht mehr finanzieren können. Es ist deshalb unerklärlich, dass sich Baden-Württemberg der Klage nicht anschließen will; liegt es etwa an der unterschiedlichen politischen Farblehre zu Bayern und Hessen?

Es können auch durchaus Verbindungen zur derzeit laufenden Streitfrage über die **Besoldungserhöhung** bei den Beamten bzw. zur Übernahme des Tarifabschlusses bei den Beschäftigten hergestellt werden. Auch hier sind Bayern und Hessen mit der Übernahme vorn, weil man sich wohl denkt, was in den Taschen unserer Beamtinnen und Beamten ankommt, kann schon mal nicht mehr in den Ausgleichstopf wandern. (s. hierzu den weiteren Artikel mit den Grafiken a.a.O. dieses Heftes)

Gewalt in Justizvollzugsanstalten

Über den schlimmen Gewaltübergriff mit einer schwer verletzten Kollegin in der **JVA Adelsheim** wurde im **VOLLZUGSDIENST 1/2013** (S. 8ff.) bereits berichtet. Um diesen Vorfall haben sich der Landesvorsitzende und der Ortsverband eingehend gekümmert, da auch bei den Begleitmaßnahmen nicht alles rund lief.

Bei der Sitzung hat **Alexander Schmid** einen kurzen, aber bemerkenswerten Beitrag aus der Nachrichtensendung des **SWR-Landesschau AKTUELL** vorgeführt. Die Sendung ist in der **JVA Heimsheim** aufgenommen worden und die dortige Vollzugsdienstleiterin hatte Gelegenheit, die Lage im Justizvollzug in Interviews darzustellen. Es ist bemerkenswert und mutig, mit welcher Offenheit und Deutlichkeit sie die unbefriedigende dienstliche Situation ihrer Kolleginnen und Kollegen vor Ort beschrieben hat. Dabei geht es weniger um die „Angst“ vor

Gewalt, als vielmehr um die mangelnde Anerkennung und um den Rückhalt bei der alltäglichen Vollzugsarbeit. Wenn die Bediensteten nur noch zu „funktionieren“ hätten und alle Aufmerksamkeit den Gefangenen gewidmet werde, könne der Dienst nur als belastend empfunden werden.

Nach den Worten des Vorsitzenden plant der **SWR** eine **eigene Sendung** zu der Thematik: „Gewalt in Gefängnissen“; hierzu sucht die Redakteurin – Frau **Mönch** – betroffene Bedienstete, die in der Sendung mitwirken könnten. Evtl. Interessenten/innen würden gebeten, mit dem Vorsitzenden oder dem Medienreferenten Kontakt aufzunehmen.

Haftplatzentwicklungsprogramm 2020 und Ministergespräch am 29. April 2013

Zu diesem Thema hat der Landesvorstand kurz vor der Hauptvorstandssitzung ein **AKTUELL (1/2013)** herausgegeben, das in diesem Heft nochmals abgedruckt ist. Nach der überraschenden Ankündigung zur Schließung der **Außenstelle Ellwangen** – so der Vorsitzende – habe es bereits eine Reihe von Aktivitäten und Gesprächen gegeben. Klar sei nun, dass das 2007 beschlossene Haftplatzentwicklungsprogramm 2015 zwar weiter verfolgt, dass jedoch vom Justizministerium eine Fortschreibung eines solchen Programms bis zum Ziel-Jahr 2020 erarbeitet werde.

Dem **BSBD** sei nun insbesondere daran gelegen, verlässliche und transparente Informationen zur Entwicklung des Justizvollzugs im Lande mit all den zu erwartenden Begleiterscheinungen zu erhalten. Hierzu gehörten nicht nur Baumaßnahmen mit der Zielsetzung der regelgerechten Einzel-Unterbringung von Gefangenen, sondern ebenso die Entwicklung der Personalausstattung in den Anstalten. Mit Hinweis auf schrumpfende Gefangenzahlen habe der **BSBD** bereits mehrfach Anklänge und Vorstellungen zu Personalreduzierungen abwehren müssen und stets damit argumentiert, dass in Zeiten drückender Überbelegung es nie zu einem Personalauswuchs gekommen sei. Deshalb befänden wir uns derzeit allenfalls in einem Zustand der Normalität – und dies nach wie vor auf sehr niedrigem Niveau im Bundesvergleich. Der Informationsbedarf ist aber auch für die Kolleginnen und Kollegen aus anderem Grund von hoher Bedeutung: sie brauchen sowohl im dienstlichen wie im privaten Bereich **Planungssicherheit** für ihre überschaubare Zukunft.

Aus all diesen Gründen hat der Vorstand an Justizminister **Rainer Stickleberger MdL** einen Brief geschrieben, dessen wesentlichen Inhalt das o. g.



Blick ins Plenum.

AKTUELL enthält. Ein **Gespräch mit Herrn Minister** ist bereits auf den **29. April 2013** terminiert.

AG Blaue Uniform

Die landesweite Umstellung auf die „Blaue Uniform“ geht nun in diesem Frühjahr definitiv ihrem Ende entgegen. Dazu ist vorgesehen, die vom Justizministerium im Jahre 2009 eingesetzte **Arbeits- und Projektgruppe**, an der der **BSBD** als einzige Gewerkschaft teilnehmen und seine Vorstellungen einbringen konnte, am 15. Mai 2013 letztmalig tagen zu lassen. Um den Bediensteten nochmals Gelegenheit zu geben, ihre Erfahrungen, Vorstellungen und Wünsche einzubringen, hat der **BSBD-Landesvorstand** einen besonderen E-Mail-Account – bsbd.blaue.uniform@online.ms – eingerichtet, den die Bediensteten in der Zeit vom 4. März 2013 bis 4. April 2013 kontaktieren konnten; dies ist allen Kolleginnen und Kollegen sowie den **BSBD-Mitgliedern** im Lande mit einem Schreiben vom 28. Februar 2013 mitgeteilt worden. Insgesamt bewertet **Alexander Schmid** die Kooperation in dieser Gruppe als sehr erfolgreich, indem auch viele frühere Wünsche nunmehr Realität geworden seien.

Informationsveranstaltung für Anwärter an der Justizvollzugsschule

Mit einer E-Mail hat der Landesvorsitzende den Leiter der Justizvollzugsschule darüber informiert, dass der **BSBD-LV** eine Informationsveranstaltung für Anwärter in Stuttgart plane. Inhalt sollte insbesondere die weitere Entwicklung des Justizvollzugs i.Z.m. den Haftplatzentwicklungsprogrammen sowie die gewerkschaftliche Arbeit des **BSBD** sein.

Der Schulleiter hat einem Aushang für die Anwärter zugestimmt. Die Veranstaltung wird selbstverständlich außerhalb der Unterrichtszeit und an einem Ort außerhalb der Schule stattfinden; erster Termin ist der 15. April 2013 am späten Nachmittag. Gestaltet wird die Informationsstunde von den **Vorstandsmitgliedern Hans Karl und Michael Schwarz** sowie von der **BSBD-Mitarbeiterin Martina Schmid**.



Justizvollzugsschule in Stuttgart-Stammheim.

Foto: Homepage JVS

Bestellung der Fachgruppenvertreter

Nach kurzen Berichten über Aktivitäten und Zusammenkünfte der einzelnen Fachgruppen standen die Bestätigung der bisherigen bzw. die Bestellung neuer Fachgruppenvertreterinnen und -vertreter an.

Die Ergebnisse sind aus der folgenden Übersicht zu entnehmen:

Fachgruppe gem. § 11 (2) Satzung	Bereits bestellt am 01.03.2013	Bestellung bei LVHS am 25.10.2013	Ersatzkandidat § 15 (1) c Satzung
Höherer Dienst	Christine Tecklenburg		?
Ärztlicher Dienst		Harro Rose	?
Gehobener Dienst	Elfriede Ensle-Bohn		?
Sozialdienst		Friedrich Prange	?
Mittlerer Verw.-Dienst	Klaus Frank		?
Technischer Dienst		Wolfgang Neureuther	?
Allg. Vollzugsdienst 1		Jürgen Scheike	?
Allg. Vollzugsdienst 2		N.N.	?
Krankenpflegedienst		Detlef Hamacher	?
Landwirtsch. Dienst	Martin Schäfer		
Pädagogischer Dienst		Dieter Scheufler	?
Tarifvertreter		Axel Lehrer	Petra Fimmler
Weibliche Bedienstete	Marita Tisljar		?
Ruhestandsbedienstete	Werner Baumann		?
Junge Bedienstete	Philipp Weimann		Chris Rubertino
Psychologischer Dienst	Hans Guggenheim		?

Besonders hinzuweisen ist auf die neu konstituierten Fachgruppen „**Psychologischer Dienst**“ und „**Junge Bedienstete**“, deren Einrichtung erst durch die beim 17. Delegiertentag im Oktober 2012 beschlossene Satzungsänderung möglich wurde.

Über die konstituierenden Sitzungen wird an anderer Stelle in diesem Heft berichtet. Ersatzkandidaten wurden wegen des erforderlichen Zeitvorlaufs noch nicht überall benannt; dies soll aber für die nächste Landeshauptvorstandssitzung am 25. Oktober 2013 vorbereitet werden.

An alle Fachgruppenvertreter und -vertreterinnen hat der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** aber eine Bitte und einen Auftrag: wie beim Werkdienst sowie zum Teil und ansatzweise in anderen Fachgruppen bereits geschehen, wird es für erforderlich erachtet, jeweils eigene Positions- und Forderungspapiere zu erstellen – mit den Leitgedanken: **Wer sind wir? – Wo stehen wir? – Wohin wollen wir?**

Diese Standorts- und Zukunftsbestimmungen sollten kurz gefasst (ca. zwei Seiten) dem Vorstand ebenso wie den Fachgruppen als spezifische und kompetente Informations- und Diskussionsgrundlagen bei der Personalplanung und -politik dienen.

Kassenbericht, Kassenprüfung und Entlastung

Der detaillierte und abschließende Kassenbericht für das Geschäftsjahr 2012 lag den Mitgliedern der Sitzung in Schriftform vor; er hatte ein Gesamtvolumen von rund 561.000 €.

Nach dem Bericht des Kassenprüfers – Koll. **Mathias Vogginger** – ergaben sich nach der eingehend durchgeführten Prüfung der Bestände, der Bewegungen, der Abschlüsse und der Belege keinerlei Beanstandungen, weshalb er die Entlastung des Landeskassiers vorschlug.

Der Landeskassier Frank Maertins wurde daraufhin einstimmig und mit herzlichem Applaus für seine oft mühevollen Arbeit im Dienste des BSBD LV BW von der Versammlung entlastet.

Neue BSBD-Homepage

Auch für die völlige Neugestaltung unserer Homepage www.bsbd-bawue.de und deren Pflege ist Kollege **Frank Maertins** zuständig und – wie wir wissen – der richtige Mann.

Der neue Internet-Auftritt unseres Landesverbandes, der seit 22. Februar 2013 aktiv ist und nun allen aktuellen und modernen Anforderungen entspricht, wurde mittels eindrucksvoller Power-Point-Präsentation dem Plenum vorgeführt.



Präsentation der neuen Homepage.

Die Startseite ist nun mit einem laufenden Band, mit vereinfachtem Zugriff zu den erweiterten Links sowie mit einem direkten Anklicken der neuesten **BSBD**-Informationen ausgestattet. Zudem sind auch Buttons für potentielle Neumitglieder und für Bezieher des neu aufgenommenen Newsletter vorhanden. Aber auch eine **Facebook**-Seite wurde installiert, um den jungen – und jung gebliebenen – Kolleginnen und Kollegen eine adäquate Kommunikations-Plattform zu schaffen.

Diese ist aber ebenso in sich geschlossen wie der Login-Bereich auf der Homepage. Weiter ist auch eine statistische Erfassung der Seiten-Besucher hinterlegt, so dass Häufigkeit und Ausdehnung der Zugriffe insgesamt eingesehen werden kann.

Rechtsschutz

Anstelle des erkrankten Justitiars rief der Landesvorsitzende den TOP „Rechtsschutz“ auf. Er erläuterte nochmals kurz die außergewöhnliche und bundesweit wohl einmalige Konstruktion des Rechtsschutzes beim **BSBD-LV Baden-Württemberg**, ausgestattet mit „drei Säulen“: Rechtsschutzfälle können auf schriftlichen Antrag und mit Genehmigung des Landesvorstands überwiesen und behandelt werden:

- ▶ vom **Dienstleistungszentrum (DLZ)** des dbb in Mannheim
- ▶ von der **Fachkanzlei Joseph SEIDLER** in Weil am Rhein durch Sondervertrag mit dem **BSBD-LV** und
- ▶ von einem **Rechtsanwalt der Wahl** vor Ort.

Da die Rechtsschutzfälle zur Kanzlei **Seidler** etwas rückläufig waren, wurde ein neu gestalteter Vertrag mit deutlich günstigeren Konditionen für den **BSBD** erörtert.

Bei dem Gespräch im Januar 2013 in sehr angenehmer Atmosphäre wurde deutlich, dass es der sehr renommierten Kanzlei **Seidler** ein besonderes Anliegen ist, den **BSBD** beim Rechtsschutz zu beraten und zu unterstützen. Nach Vortrag dieser Punkte erteilte der Landeshauptvorstand dem Vorstand die Befugnis zum Abschluss eines geänderten Vertrags.

Bericht aus dem Hauptpersonalrat

Der Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim Justizministerium – **Georg Konrath** – wies in seinem kurzen Beitrag auf die hohe Bedeutung der Mitbestimmung und der Mitwirkung bei Angelegenheiten des Justizvollzugs und selbstverständlich auch des gesamten Justizbereichs hin. Er möchte die Gelegenheit nutzen, schon jetzt daran zu erinnern, dass im kommenden Frühjahr 2014 Personalratswahlen durchzuführen sein werden.

Starke Position des BSBD wichtig

Es müssten schon Vorarbeiten zur Aufstellung entsprechender Listen aus dem Bereich des Beamtenbundes (**BBW**) geleistet werden und auch für die Tarifbeschäftigten sollten geeignete Kandidatinnen und Kandidaten gefunden werden. Für ihn – und sicher auch für die Bediensteten – sei es sehr wichtig, dem **BSBD** in den Personalräten und im Hauptpersonalrat starke Positionen zu verschaffen.

WWW.BGV.DE

BGVA
BADISCHE VERSICHERUNGEN

**IHR AUTO
IST BGV***

*BADISCH GUT VERSICHERT.

Die clevere Wahl:
Leistungsstarker Versicherungsschutz zum fairen Preis.

BGV / Badische Versicherungen

Durlacher Allee 56 / 76131 Karlsruhe // Telefon 0721 660-0 // Fax 0721 660-1688 // E-Mail service@bgv.de



Werner Baumann wurde für 40-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Ehrungen

Geehrt mit einer Urkunde und einem köstlichen Weinpräsent wurde **Werner Baumann für seine 40-jährige Mitgliedschaft im BSBD** – und für seine fast ebenso lange aktive Verbandstätigkeit auf vielen Ebenen. Nun ist er kompetenter



Hans-Jörg Schwaab wurde zum Ehrenmitglied ernannt. Fotos: asm/BSBD

Fachgruppensprecher der Pensionäre – mit einem besonders freundschaftlichen Draht zu **Dieter Berberich**, dem Vorsitzenden des Seniorenverbands öffentlicher Dienst BW. Da passt doch alles prima zusammen.

Eine Ehrung mit einem Weinpräsent aus der Staatsdomäne Hohrainhof erhielt auch **Dieter Müller** für seine **über 22 Jahre** währenden gewerkschaftlichen Tätigkeiten **im Vorstand des Ortsverbands Hohenasperg** – zuletzt viele Jahre als Vorsitzender. Nun hat er den Stab an **Christoph Abele** weiter gegeben.

Auf Antrag des Landesvorstands wurde **Hansjörg Schwaab** von den Mitgliedern des Landeshauptvorstands zum **Ehrenmitglied** ernannt. Auch ihm wurden eine Urkunde und ein Weinpräsent überreicht. Wir alle gratulieren sehr herzlich! Kollege **Schwaab** ist seit 1978 **BSBD-Mitglied** und er war lange 13 Jahre – von 1985 bis 1998 – Vorsitzender des großen



Dank auch an Dieter Müller für über 22-jährige gewerkschaftliche Tätigkeit.

OV Freiburg. Im Landesvorstand war er seit 1984 stv. Landeskassier und seit 1988 bis 2012 stv. Landesvorsitzender.

Zudem ergänzte er von 1982 bis 1998 den **BSBD-Bundesvorstand**. Kurz: er hat sich diese Ehrung sehr redlich verdient.

Geehrt wurde ebenfalls mit einem Weinpräsent **Detlef Hamacher** für seine langjährige Tätigkeit als Organisator der **AG Justizvollzug 21**, die sehr viele Impulse und Fortentwicklungen in die Gewerkschaftsarbeit des **BSBD-Landesverbandes** einbrachte. Kollege **Hamacher** war stets dabei, wenn es um neue praxisrelevante Überlegungen für die Vollzugsarbeit ging. Nicht vergessen ist

seine maßgebliche Mitwirkung bei der Gestaltung der Werbemappen und bei den Neuformulierungen zur Verbandsatzung. Dass die AG Justizvollzug 21 nun nicht mehr fortgeführt wird, lässt jedoch alle Optionen offen, jederzeit bei Bedarf oder ad hoc gezielt Projektgruppen einsetzen zu können.

Nächste Landeshauptvorstandssitzung

Die nächste Sitzung des Landeshauptvorstands ist terminiert auf den **25. Oktober 2013 im Commundo Hotel in Stuttgart-Vaihingen.** *wok*

Beim 17. Delegiertentag in Schwäbisch Gmünd gewählt:

BSBD-Landesvorstand stellt sich vor . . .

... und grüßt solidarisch-kollegial alle Mitglieder und Bedienstete des Justizvollzugs



V.l.n.r.: Landesvorsitzender Alexander Schmid, stv. Vorsitzender Wolfgang Neureuther, stv. Landeskassier Hans Karl, stv. Vorsitzender Peter Zielinski, Schriftführer Lars Rinklin, Erster stv. Vorsitzender Georg Konrath, Justitiar Gerhard Maurer-Hellstern, Medienreferent Wolfgang Klotz, Landeskassier Frank Maertins, stv. Vorsitzender Michael Schwarz und Geschäftsführerin Barbara Reber.

Foto: BSBD Baden-Württemberg

Zankapfel und Dauerbrenner: Länderfinanzausgleich

Bayern und Hessen rufen das Bundesverfassungsgericht an

Die Problematik des Länderfinanzausgleichs – auch mit möglichen Auswirkungen auf die Besoldungserhöhungen in den Ländern – wurde bereits im Beitrag über den Bericht des Landesvorsitzenden bei der Landeshauptvorstandssitzung am 1. März 2013 behandelt.

Im folgenden veröffentlichen wir nun die drei angekündigten grafischen Darstellungen, die umfassend Auskunft geben über:

- die **Funktionsweise** des Länderfinanzausgleichs und die **Verteilungskriterien** nach Finanzkraft der Einwohner pro Land,
- den **Schuldenstand pro Kopf** in den einzelnen Bundesländern (2011) und
- die **größten Profiteure** – sowie Geber – im Milliardenpiel des Finanzausgleichs für die Jahre 2000 und 2012.

(Quellen: StZ, Finanzverwaltung)

Keine Veränderung für Baden-Württemberg erwartet

Es ist zu erwarten, dass sich für das Land Baden-Württemberg auch künftig keine Veränderungen im Sinne einer Reduzierung seines Beitrags zum LFA ergeben wird, zumal die grün-rote Landesregierung sich nicht entschließen konnte, dem Beispiel Bayerns und Hessens mit ihrem Gang zum BVerfG zu folgen.

Neugestaltung des Ausgleichs wird angestrebt

Zudem wird Baden-Württemberg auch ganz vorn dabei bleiben, da es ja bei seinen Landesbeamtinnen und -beamten bereits seit Jahren kräftig einspart.

Es geht allerdings ja nicht um eine Verabschiedung aus der Solidarität unter den Bundesländern, sondern vielmehr um eine Neugestaltung des Ausgleichs mit einem erträglicheren und gerechteren Endergebnis. wok

Wie der Länderfinanzausgleich funktioniert

Ziel:

Finanzstarke Bundesländer helfen schwächeren, um die Lebensverhältnisse bundesweit anzugleichen.



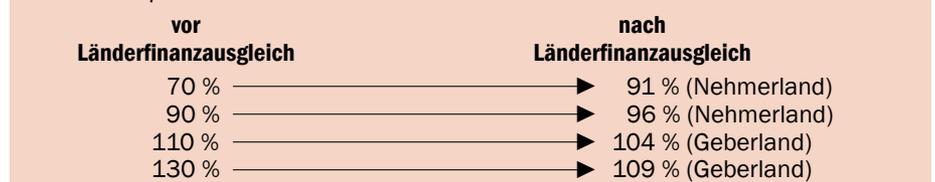
Berechnung:

Entscheidend für die Umverteilung der Gelder ist die Finanzkraft pro Einwohner je Bundesland

1	Alle Einnahmen eines Landes	+	64 Prozent der Gemeindeeinnahmen	=	Finanzkraft
2	$\frac{\text{Finanzkraft}}{\text{Einwohnerzahl}}$	=	Finanzkraft pro Einwohner	↗	über Bundesdurchschnitt Geberland
				↘	unter Bundesdurchschnitt Nehmerland
3	Ausnahmen bei der Berechnung				
	Stadtstaaten		Einwohnerzahl wird um 35 Prozent erhöht		
	dünn besiedelte Länder		Einwohnerzahl wird ebenfalls fiktiv leicht erhöht		

Beispielrechnungen

Finanzkraft pro Einwohner in Prozent des Bundesdurchschnitts



Weitere Ausgleiche

Finanzschwache Bundesländer erhalten darüber hinaus

- Zusätzliche Gelder aus den Unternehmenssteuereinnahmen
- Zuwendungen des Bundes

Quelle: Finanzministerium

Wie der Finanzausgleich reiche Länder ärmer und arme Länder weniger arm macht

Schuldenstand 2011 pro Kopf in Euro

	mit Länderfinanzausgleich	ohne Länderfinanzausgleich
1 Sachsen	1406	16574
2 Bayern	2308	- 2780
3 Baden-Württemberg	4017	- 1004
4 Mecklenburg-Vorpommern	5913	22247
5 Hessen	6395	- 1307
6 Niedersachsen	7083	8402
7 Nordrhein-Westfalen	7141	4383
8 Brandenburg	7181	20271
9 Thüringen	7345	23494
10 Rheinland-Pfalz	7845	8219
11 Sachsen-Anhalt	8933	25400
12 Schleswig-Holstein	9394	8903
13 Saarland	11383	15500
14 Hamburg	11808	6826
15 Berlin	17573	33171
16 Bremen	27531	38175

Quelle: Finanzministerium NRW, auf Basis des Ist-Schuldenstandes zum 31.12.1994 inclusive aller bis dahin gezahlten/empfangenen Zahlungen aus dem LFA im weiteren Sinne, ohne Berücksichtigung von Zinsvor- bzw. nachteilen in der Finanzierung ohne Ausgleichszahlungen an/von Gemeinden.

Geben und nehmen: Über den Länderfinanzausgleich (LFA) wurde einmal gesagt, dass es drei Leute gibt, die ihn verstehen: Einer sei verstorben, der zweite ausgewandert und der dritte verrückt geworden. Hessen und Bayern haben gemeinsam beschlossen gegen den Ausgleich klagen. Sie argumentieren sie würden zuviel zahlen und die anderen würden sich nicht genug anstrengen. Aus Nordrhein-Westfalen kommt eine Rechnung, die zeigt wie es nach 1994 ohne LFA aussehen würde. Es zeigt sich, dass vor allem die Ostländer profitieren. Sachsen liegt, gemessen an der Verschuldung pro Einwohner an der Spitze der Länder. Nimmt man diese als Basis, wäre jeder Sachse ohne LFA mit 16574 Euro verschuldet. So sind es nur 1406 Euro. Es zeigt sich aber auch, dass jeder Bayer ohne LFA ein Guthaben von 2780 Euro hätte, wohingegen er tatsächlich mit 2308 Euro verschuldet ist. Guido Bohsem

Berlin profitiert am meisten vom Finanzausgleich

Länderfinanzausgleich: Vergleich der Jahre 2012 und 2000

in Millionen Euro

	2012	2000
Bayern	3904	1884
Baden-Württemberg	2694	1957
Hessen	1327	2734
Hamburg	21	556
Saarland	92	167
Schleswig-Holstein	129	185
Niedersachsen	173	568
Rheinland-Pfalz	224	392
Nordrhein-Westfalen	402	1141
Mecklenburg-Vorpommern	452	500
Bremen	517	442
Thüringen	541	670
Brandenburg	542	644
Sachsen-Anhalt	547	711
Sachsen	963	1182
Berlin	3323	2812

Quelle: Finanzministerium

Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder und Kommunen ...

... und die Not der Eins-zu-Eins-Übernahme für die Landesbeamten/innen

Trauerspiel in vielen Aufzügen:

Prolog:

- Forderung des **dbb beamtenbund** und **tarifunion** sowie von **ver.di** u. a.: **6,5 Prozent** lineare Entgelterhöhung für die Beschäftigten, 30 Tage Urlaub für alle und bundesweit einheitliche Tarifregelungen für die angestellten Lehrer;
- Hoffnungsvolle freudige Erwartung bei den Beschäftigten sowie bei den Beamtinnen und Beamten;
- Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) lehnt zunächst als überzogen ab;
- Bereits im Vorfeld in Baden-Württemberg: **drei Szenarien** der grün-roten Landesregierung für die Beamten: keinesfalls Eins-zu-Eins-Übernahme, sondern: Deckelung bei 1,5 Prozent – Nullrunde – zeitliche Verschiebung;
- **BBW** unterbreitet eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Optimierung von Einnahmen und Ausgaben des Landes – unter anderem auch zum Länderfinanzausgleich, zum Neuzuschnitt der Bundesländer, zur Wahlkreisreform in Baden-Württemberg, zur Straffung der Regierungsarbeit etc.

Aufzüge:

- **9. März 2013:** Einigung der Tarifpartner in Potsdam: lineare Erhöhung um beachtliche **5,6 Prozent** in den kommenden beiden Jahren – **2,65 Prozent** ab 1. Januar 2013 und **2,95 Prozent** ab 1. Januar 2014 sowie einheitlich **30 Tage Urlaub**;

- **11. März 2013:** **BBW-Vorsitzender Volker Stich:** Forderung nach zeit- und inhaltsgleicher Übernahme des Tarifergebnisses der Länder (TV-L) auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen; **Finanzminister Schmid** lehnt ab: „Diese Belastung für den Landeshaushalt leisten wir uns nicht.“ (*BNN*); **BBW** erwägt Gang zum BVerfG;
- **13. März 2013:** **Ministerpräsident Kretschmann** schließt **Nullrunde** für Beamte nicht aus.
- **15. März 2013 – I: Milliardenplus im Landeshaushalt:** Finanzministerium in Stuttgart sagt: „Durch Einsparungen beim Personal und höhere Steuereinnahmen sind 2012 ein Plus von 1,05 Milliarden Euro entstanden.“ (*BNN*);
- **15. März 2013 – II: Andere Bundesländer beziehen Position:** **Bayern, Hamburg** und voraussichtlich **Hessen: Eins-zu-Eins-Übernahme** ab 1.1.2013.
Niedersachsen: + 2,65 % (evtl. 2,45 %) in 2013.
Berlin: + 2,0% ab 1.8.2013.
Rheinland-Pfalz, evtl. auch NRW: 1,0 % ab 1.1.13 und 1,0 % ab 1.1.14. Aus den **restlichen Bundesländern** sind keine Tendenzen oder Festlegungen bekannt.
- **15. März 2013 – III:** Einstündiges Gespräch zwischen **BBW-Chef Stich** und **Finanzminister Schmid:** keine Annäherung – erst

recht kein Ergebnis; Fronten verhärtet – **Staatskanzleichef Murawski** warnt vor „griechischen Verhältnissen“ im Ländle;

- **16. März 2013:** **SWR-Landesschau AKTUELL: BBW-Vorsitzender Stich** habe Kompromissbereitschaft signalisiert und eine zeitliche Verschiebung der Besoldungsanpassung von 5,6 Prozent um ein Jahr (!) ins Gespräch gebracht.

- **18. März 2013 –**

I: BBW-Chef dementiert nachdrücklich: „Von Kompromissbereitschaft war nie die Rede – wir bestehen auf die Übernahme des Tarifergebnisses!“

- **18. März 2013 –**

II: Die Austeritätspolitik der grünen Fraktion treibt seltsame Blüten: Die Diäten der Abgeordneten sollen in diesem Jahr „eingefroren“ werden. „Wir wollen den Beamtinnen und Beamten mit unserem Verzicht zeigen, dass wir alle mit anpacken, um das schwarze Haushalts-Loch der **CDU** zu stopfen“, so Frau **Sitzmann** (grüne Fraktionsvorsitzende); die Fraktionschefs von **CDU** und **SPD** werfen ihr deshalb Populismus und mangelhafte Rechtskenntnis vor. (*BNN*)

- **19. März 2013:** Großes Tamtam im Regierungslager: **Entscheidung wird vertagt!**

Katharsis:

noch unvollendet – doch die Entscheidung ist gefallen – und es wird dauern, bis mehr Geld auf's Konto fließt.

- **20. März 2013:** zur *Morgenstund'* – **viel Pech im Mund:**

Ministerpräsident Kretschmann und **Finanzminister Schmid versprechen:**

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen wird auf die Beamten übertragen, aber nicht alle Beamten werden zur gleichen Zeit dasselbe Plus erhalten. (*SWR-Nachrichten*)

So wird die zeitliche – und soziale – Staffelung mit erheblichen Wartezeiten bis zur nächsten Besoldungserhöhung verquickt:

- **bis A9: sechs Monate – bis A11: neun Monate – ab A12: ein Jahr.**

Dieses Prinzip soll auch für **alle künftigen Besoldungserhöhungen** bis zum **Jahr 2016** gelten.

Das heißt, wenn für die Beschäftigten 2015 die neuen Tarifverhandlungen beginnen, bekommt der Beamte ab A12 gerade mal die zweite Tranche aus dem Abschluss von **2013** – und kann dann aufs Neue ein Jahr warten!

Zu den offenbar auf die Beamten übertragenen **Prozentzahlen** – **5,6** (ges.) – **2,65** (2013) – **2,95** (2014) – wurde noch nichts Weiteres gesagt; sind da

Kommentar von Detlef Esslinger – Süddeutsche Zeitung vom 15. März 2013

Die perfekte Ausrede

Nur drei Länder wollen den Tarifabschluss für die Arbeiter und Angestellten auf die Beamten übertragen – die anderen 13 haben eine Erklärung, die scheinbar einleuchtet. Die Landesregierungen sagen, der Abschluss sei viel höher ausgefallen als geplant. Die Frage allerdings ist: Was haben sie geplant?

Jeder Finanzminister berücksichtigt bei der Aufstellung seines Etats anstehende Tarifabschlüsse. Die meisten nehmen

ihre Kalkulation auf der Basis einer Steigerung von einem oder 1,5 Prozent vor – mit irgendeinem Wert muss man ja in die Parlamente gehen. Nun wird aber kaum ein Finanzminister ernsthaft angenommen haben, dass die Gewerkschaften sich mit einem derart geringen Plus zufriedengeben würden. Deswegen verstecken sie ihre tatsächlichen Annahmen über einen Tarifabschluss immer an anderen Stellen des Etats: indem sie zum Beispiel die Ausgaben für Zinsen oder Personalentwicklung ein bisschen

großzügig rechnen. Der Abschluss war höher als geplant – nachprüfbar ist ein solcher Satz im Grunde nie. Aber als Ausrede taugt er immer. Wer als Beamter zum Staat geht, der erlebt Vorteile und Nachteile. Zu den Vorteilen gehört die kostenlose Altersversorgung, Wer sich hingegen ärgert, dass seine Bezüge nicht in dem Maß steigen wie die Mieten, dem bleibt im Grunde nur die Feststellung: Bei den Beamten knausert die Politik seit einigen Jahren immer zuerst. Und das bleibt wohl auch so.

etwa noch Abschlüsse, zum Beispiel für Pensionsrückstellungen oder andere haushalterischen Unabwendbarkeiten zu erwarten?

Die Landesregierung verspricht sich von dieser politischen Verzögerungsstrategie **Einsparungen von 180 Millionen Euro**. Dazu kommt aus 2012 das 1,05-Milliarden-Plus im Landeshaushalt (s.o.), wozu nach demselben **Finanzminister Schmid niedrigere Personalausgaben** in Höhe von **400 Mio. €** beigetragen haben (*BNN v. 15.03.2013*). Dies summiert sich in nicht mal drei Jahren auf **über eine halbe Milliarde Euro**, die – positiv gesehen – zwar der Haushalts-Sanie rung dienen, die aber andererseits den 180.000 Beamtinnen und Beamten sowie den 100.000 Pensionären zum Lebensunterhalt, zum Konsum – und auch für ihre **Steuerabgaben** fehlen. Die danach – in 2014 – entstehenden höheren Kosten von 143 Mio. € sollen dann durch strukturelle Maßnahmen – d.h. Stellenstreichungen – kompensiert werden.

Epilog:

- **Erste Reaktion vom BBW-Vorsitzenden Volker Stich: die Beamten seien nicht glücklich über die Entscheidung – sie seien aber erleichtert, dass es nicht zu einer Nullrunde kommt. (SWR-Nachrichten)**
- **Wir sagen: es besteht tiefe zornige Traurigkeit und Resignation – bei den Landesbeamtinnen und Landesbeamten – weil wieder einmal ungehört!**
- **Sicher ist: die nächste Landtagswahl im Frühjahr 2016 kommt bestimmt – und die kann nicht verschoben werden!** wok

Brief an Justizminister Rainer Stickelberger (s. auch Beitr. zur LHV-Sitzung in Karlsruhe)

Baden-Württembergs Vollzugslandschaft vor neuem Umbruch?

Ministergespräch über Haftplatzentwicklungsprogramm 2020 und Schließung der Außenstelle Ellwangen

Nach der überraschenden Mitteilung des Justizministers Anfang Januar 2013 hat der Landesvorsitzende Alexander Schmid erst einmal recherchieren müssen, was Sache ist, da im bisher bekannten Haftplatzentwicklungsprogramm 2015 eine Schließung der Außenstelle Ellwangen der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Gmünd gar nicht vorgesehen war.

In seinem Antwortschreiben vom 28. Januar 2013 hat der Vorsitzende sodann folgendes – hier in Kurzfassung – dargelegt: Wir kommen nicht umhin festzustellen, dass nicht nur die Bediensteten der Außenstelle Ellwangen, sondern auch der **BSBD** von der Maßnahme der Schließung dieser Einrichtung überrascht wurden. In diesem Zusammenhang konnte auch von der Abteilung Justizvollzug im Ministerium in Erfahrung gebracht werden, dass das 2007 aufgelegte Haftplatzentwicklungsprogramm 2015 derzeit fortgeschrieben wird und in ein solches **Programm 2020** zur Neugestaltung und Modernisierung der „Vollzugslandschaft in Baden Württemberg“ übergeführt werden soll.

Dies ist auch in der zur **Justizvollzugsanstalt Waldshut-Tiengen erstellten Landtagsdrucksache 15/2754** vom 28.11.2012 unter Punkt 4 verdeutlicht, wo es zur Frage des landesweiten „Fahrplans“ zur Neuordnung des Justizvollzugs“ heißt: „Eine Fortschreibung des Haftplatzentwicklungsprogramms hängt maßgeblich von der Entscheidung über den Neubau einer Justizvollzugsanstalt im südwürttembergischen Raum ab.“ Dies lässt insgesamt auf erhebliche Weiterungen schließen, für die wir – der **BSBD** – Verständnis haben sollen.

Für den **BSBD**, aber auch – wie wir wissen – für den **BBW-Vorsitzenden Volker Stich** ist es von großer Wichtigkeit, bereits frühzeitig in die Planungen eingebunden zu werden. Verständnis setzt unseres Erachtens Gespräche auf Augenhöhe voraus – und hierzu fehlen uns derzeit die notwendigen Informationen. Wir sehen uns aber als größte Fachgewerkschaft im Justizvollzug nur auf der Basis vollumfänglicher frühzeitiger Informationen zu den geplanten Vorhaben und der Fortschreibung des Haftplatzentwicklungsprogramms 2015 in der Lage, auch weiterhin dem Justizministerium konstruktiv zur Seite zu stehen.

Der Landesvorstand des **BSBD** bittet deshalb um ein erläuterndes Gespräch mit Herrn **Justizminister Rainer Stickelberger**. Im Bewusstsein, dass einige relevante Entscheidungen noch nicht getroffen sind und dieses Gespräch sicher noch der Vorbereitung bedarf, wird nach Möglichkeit ein Termin im März oder April 2013 für sinnvoll erachtet.

Folgende Punkte sind uns besonders wichtig und sollten zwingend Themen des Gesprächs sein:

1. Wann ist mit dem Abschluss und der allgem. Offenlegung des Haftplatzentwicklungsprogramms 2020 zu rechnen?

2. Wird dem ausdrücklichen Wunsch des **BSBD** durch das Justizministerium Rechnung getragen und das Haftplatzentwicklungsprogramm 2020 vor der Veröffentlichung im Rahmen eines Ministergesprächs erläutert?
3. Ist es Position der Hausspitze, dass durch eventuelle Schließungen frei werdende personelle Ressourcen innerhalb der Abteilung IV verbleiben, also dass keine wie auch immer gearteten Personalverschiebungen in andere Abteilungen des Justizministeriums zu Lasten des Justizvollzuges erfolgen?
4. Kann der **BSBD** davon ausgehen, dass keine weiteren Schließungen von Vollzugsanstalten und Außenstellen vor der Verabschiedung und endgültigen Veröffentlichung des Haftplatzentwicklungsprogramms 2020 durch die Landesregierung oder das Justizministerium vorgenommen werden?
5. Teilt das Justizministerium die Auffassung des **BSBD**, dass die Personalausstattung des Justizvollzuges trotz

rückläufiger Gefangenenzahlen höchstens als ausreichend bezeichnet werden kann, um dem gesetzlichen Auftrag der sicheren Unterbringung und der Resozialisierung nachkommen zu können? Dies ergibt sich auch vor dem Hintergrund, dass es in den Zeiten der Überbelegung der Justizvollzugsanstalten keinen nennenswerten Personalzuwachs im Justizvollzug gegeben hat.

Im speziellen Fall der **Außenstelle Ellwangen**, deren Schließung frühestens im 2. Halbjahr 2015 möglich sein wird, hat **Justizminister Rainer Stichelberger** in seinem Schreiben vom 3. Januar 2013 bereits zum Ausdruck gebracht, dass „gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach **sozialverträglichen Lösungen** der Weiterbeschäftigung“ gesucht werde.

Diese Ankündigung wurde vom **BSBD** begrüßt. Und wenn schon eine Aufgabe der Außenstelle Ellwangen nicht mehr abwendbar sein sollte, wäre der **BSBD**

auch bereit, die sozialverträglichen Maßnahmen konstruktiv mitzugestalten, sie aber erforderlichenfalls auch sehr kritisch zu hinterfragen.

Und wenn Justizminister Stichelberger mit unserem Verständnis für „notwendige Entscheidungen“ rechnet, so hat der Vorsitzende Schmid seine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass auch wir für „unsere Anliegen und Sorgen, die unteilbar die der Bediensteten sind“, sein Verständnis finden mögen!

Auf unser Schreiben vom 28.01.2012 hat Justizminister Stichelberger am 05.02.2013 umgehend reagiert und ein Gesprächstermin ist bereits auf den 29. April 2013 in Stuttgart vereinbart.

(Das Schreiben des Landesvorsitzenden ging im gleichen Wortlaut auch an Herrn **Ministerialdirigent Ulrich Futter**, Abteilung IV, Justizministerium Baden-Württemberg und an Herrn **Vorsitzenden Volker Stich**, Beamtenbund und Tarifunion Baden-Württemberg.)

asm/wok

Positions- und Forderungspapier des Bundes der Strafvollzugsbediensteten

Meisterzulage im Justizvollzug

Status quo beim Werkdienst in den Justizvollzugsanstalten von Baden-Württemberg

Mit Umsetzung der Dienstrechtsreform 2011 und den damit verbundenen Anpassungen und Änderungen stellt sich die Ausgangssituation im Werkdienst wie folgt dar.

- Die ca. 400 Meister/Techniker verschiedenster Art im Justizvollzug erhalten gem. § 47 i.V.m. § 57 (1) Nr.1 LBesGBW eine **Zulage**.
- Diese Zulage definiert sich nach Anlage 14 des LBesGBW und hat eine Höhe von **39,95 Euro**.
- Die Zulage ist **nicht ruhegehaltsfähig** (siehe § 47(4) LBesGBW).
- Eine **besondere Problematik** ergibt sich gerade vor dem Hintergrund der Gewinnung qualifizierten Personals für diesen Tätigkeitsbereich aus der Definition des § 57(1) Nr.1 LBesGBW, wonach nur der „mittlere Dienst“ erfasst wird. Im Werkdienst wurde aber analog zum Allgemeinen Vollzugsdienst der Justizvollzugsanstalten der sogenannte Aufstieg gem. § 22 LBGBW ressortintern bis Besoldungsgruppe A 11 ermöglicht.

Faktisch werden „Führungskräfte“, also Leiter großer Betriebe und teilweise deren Stellvertreter, soweit ihnen der Aufstieg ermöglicht wird, im Zuge des Aufstieges mit einer Sanktion „bestraft“ (Wegfall der Zulage gem. Anlage 14 Nr. 3). Offenbar wurde hier schlicht übersehen, die Regelungen entsprechend anzupassen. Es wurde wohl einfach die alte Regelung aus Nr. 25 Bundesbesoldungsordnung A/B übernommen, die ebenfalls nur den mittleren Dienst berücksichtigt und eine Zulage i.H.v. 40,27 Euro in der Anlage IX zur Bundesbesoldungsordnung A/B vorsah.

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) regt daher an:

1. Die **Einführung des Beförderungsamtes A 10 im Werkdienst**, wobei analog zum allgemeinen Vollzugsdienst hier in einem ersten Schritt die Stellvertreter der Werkdienstleiter, die nach A 11 besoldet sind, nach A 10 befördert werden sollten. Die überschaubare Zahl dieser Beförderungen würde auch keine wirkliche Zusatzbe-

lastung für die öffentlichen Haushalte darstellen.

2. § 57(1) Nr. 1 LBesGBW sollte so umformuliert werden, dass die **Beschränkung auf den mittleren Dienst nicht mehr zum Tragen kommt** (Vorschlag: „Beamte des Werkdienstes in den Justizvollzugsanstalten“). Damit würde ein möglicher Aufstieg nach § 22 LBGBW vom mittleren in den gehobenen Dienst nicht mehr zum Wegfall der Zulage führen.
3. Die heute in Anlage 14 festgelegte Zulage in Höhe von 39,95 Euro ist vor dem Hintergrund der beruflichen und sonstigen Vorbildung (Meister/Techniker u. a. mit entsprechenden erfolgreich abgeschlossenen Prüfungen) **nicht mehr zeitgemäß**. Zudem wird diese Berufsgruppe insbesondere durch darüber hinausgehende weitere berufliche Erfordernisse im Justizvollzug geprägt, wie z. B.
 - zusätzliche 18-monatige Ausbildung an der Justizvollzugsschule,
 - fortlaufende dezentrale Aus- und Weiterbildung in Fragen der Sicher-

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**



Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3: 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178190-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%. Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

heit und Ordnung an Justizvollzugsanstalten,

- Teilnahme am Dienstsport (Selbstverteidigungstechniken),
- Einsatz bei der Kontrolle und Überwachung Inhaftierter in den Werkbetrieben,
- Umgang mit der besonderen Klientel „wiedereinzugliedernder Inhaftierter“ in den Werkbetrieben,
- Unterstützung des Allgemeinen Vollzugsdienstes in Fällen besonderer Notwendigkeit.

Unseres Erachtens unterscheiden diese, an wenigen Beispielen dargestellten Sachverhalte den „Beamten des Werkdienstes in den Justizvollzugsanstalten“ erheblich vom anderen Bezugsberechtigten einer Zulage, wie sie in Anlage 14 LBesGBW beschrieben ist.

Kein exorbitanter Kostenzuwachs

Die genannten qualifizierenden Umstände nehmen wir zum Anlass vorzuschlagen, die Zulage für „Beamte des Werkdienstes“ in einer neu zu schaffenden Nummer 14 der Zulagenstaffelung festzulegen und künftig auf eine Höhe von wenigstens **79,89 Euro** anzuheben (analog zu den bereits in Anlage 14 mehrfach genannten Zulagen in eben dieser Höhe).

Bei der Zahl der derzeit Anspruchsberechtigten im Werkdienst würde dies eine ungefähre Haushaltsbelastung von ca. 200.000 Euro im Jahr ausmachen und damit selbst in Zeiten angespannter Haushaltslagen keinen exorbitanten Kostenzuwachs bedeuten.

Langfristig wird es gelten müssen, **den Werkdienst zukunftssicher und attraktiv zu gestalten**, um den künftigen Anforderungen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des sich schon jetzt **deutlich abzeichnenden Fachkräftemangels Rechnung tragen zu können**. Grundlage dafür könnte ein zu **erstellender verbesserter Funktionsstellenkatalog** für den Werkdienst mit entsprechender Umsetzung sein.

Durch die Realisierung der dargestellten Verbesserungen und eine **geeignete laufbahntechnische Würdigung** der durch die Meister im Werkdienst erbrachten Bildungsvoraussetzungen (EQR und DQR stellen die Meister hier auf ein Niveau mit dem Bachelor) würde unseres Erachtens ein Werkdienst entstehen, der sich den Herausforderungen der Zukunft und den **Anforderungen an einen modernen Justizvollzug in Baden-Württemberg stellen könnte** und hierfür auch das notwendige **qualifizierte staatliche Personal** finden und an sich binden könnte. *won/wok*

Der BSBD ist verwundert und in großer Sorge

Wo bleibt der Justizvollzug?

Medieninformation des JM Baden-Württemberg vom 22. Januar 2013

Vom BSBD ist mit Verwunderung und großer Sorge das vom Justizministerium herausgegebene „Personalentwicklungskonzept für Richterinnen und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte“ aufgenommen worden.

Das Konzept wird zwar im Grunde sehr begrüßt, dennoch haben wir den Einwand, dass die **Juristinnen und Juristen im Justizvollzug** und in anderen Verwaltungen leider **mit keinem Wort erwähnt** sind und offenbar auch im Vorfeld bei der Konzepterstellung nicht eingebunden wurden. Bisher gingen wir davon aus, dass der Justizvollzug neben den Gerichten und den Staatsanwaltschaften eine der drei tragenden Säulen der Rechtsinstitutionen des Landes ist. Deshalb waren wir auch noch nicht in Sorge, als am 17. August 2012 das „Personalentwicklungs-

konzept für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Unterstützungsbereich der Rechtspflege“ verbreitet wurde, weil wir den Justizvollzug nicht dort, sondern im Kernbereich der Rechtspflege wähten.

Bleiben die Juristinnen und Juristen des Justizvollzugs in dem jetzt vorliegenden Personalentwicklungskonzept ohne jede Einbindung, wird die Zeit ihrer Tätigkeit in der Leitung einer Justizvollzugsanstalt auch ohne Wert für ihren weiteren beruflichen Werdegang bleiben. Diese Aussicht dürfte nicht unerhebliche Auswirkungen auf den höheren Dienst im Justizvollzug haben. Dem **BSBD** ist bekannt, dass von verschiedenen Seiten entsprechende Anfragen an Herrn **Justizminister Stichelberger** und an Frau **Ministerialdirektorin Limperg** gerichtet worden sind. Deshalb wird im Folgenden nur die Medieninformation vom 22. Januar 2013 abgedruckt. *wok*

Personalentwicklungskonzept soll Richter/innen sowie Staatsanwälte/innen systematisch fördern

Justizpraxis und Verbände haben Gelegenheit zum Entwurf Stellung zu nehmen

Die konzeptionelle Personalentwicklung in der Justiz von Baden-Württemberg nimmt mehr und mehr Gestalt an: Nachdem im vergangenen Jahr ein Personalentwicklungskonzept für die mehr als 7000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Unterstützungsbereich vorgestellt wurde, liegt nun der Entwurf eines umfassenden Konzepts für die Richterinnen und Richter sowie die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte vor. In den kommenden Wochen haben Justizpraxis und Verbände die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen.

„Der Entwurf ist ein Novum in der Justiz des Landes“, sagte **Justizminister Rainer Stichelberger** am Dienstag (22. Januar 2013) in Stuttgart: „Denn damit legen wir erstmals ein Personalentwicklungskonzept vor, das Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte jedes Lebens- und Dienstalters, im Eingangs- wie auch im Beförderungsam, mit und ohne Ambitionen auf ein Führungsamt anspricht.“ Bislang hatte es lediglich zu einzelnen Aspekten Konzepte gegeben, beispielsweise zum Berufseinstieg.

Hohe Qualität der Justiz in Baden-Württemberg dauerhaft sichern

Ziel der Personalentwicklung in der Justiz sei es, die Zufriedenheit im Beruf weiter zu verbessern, sie auf einem hohen Niveau zu halten und die Belange Einzelner nicht aus dem Blick zu verlieren. Der Minister erklärte: „Mit der Unterstützung des Konzepts werden wir die hohe

Qualität der Justiz in Baden-Württemberg dauerhaft sichern können.“ Das Personalentwicklungskonzept sei Leitfaden, Orientierungshilfe und systematische Darstellung zugleich, stellte **Stichelberger** fest.

So enthalte es Hinweise zum Berufseinstieg der Assessorinnen und Assessoren sowie zum Beurteilungswesen. Auch seien Kriterien für die so genannte Erprobungsabordnung bei den Obergerichten und den Generalstaatsanwaltschaften aufgelistet, die in der Regel vor der ersten Beförderung stehe.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stelle ein Schwerpunktthema des Personalentwicklungskonzepts dar: „Es ist uns wichtig, dass Eltern und pflegende Angehörige trotz familiärer Aufgaben in der Justiz ihren Beruf ausüben, sich weiterentwickeln und auch in Führungspositionen kommen können“, sagte der Justizminister. Neben Teilzeit- und Telearbeit sowie der Einrichtung justizna-

her Kindertagesstätten spiele dabei ein modernes Wiedereinstiegsmanagement eine maßgebliche Rolle.

Weitere Informationen:

Der Entwurf des Personalentwicklungskonzepts für die Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Baden-Württemberg hat das Justizministerium gemeinsam mit der Justizpraxis erstellt. Basis waren unter anderem drei Gesprächskreise, an denen sich zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Praxis beteiligt hatten.

Neben allgemeinen Aspekten der Personalentwicklung wurden dabei vor allem die Schwerpunktthemen „Verein-

barkeit von Beruf und Familie“ und „Berufseinstieg der Assessorinnen und Assessoren“ besprochen. Zudem nutzten viele die Gelegenheit, dem Ministerium telefonisch oder schriftlich ihre Anregungen mitzuteilen.

Ministerialdirektorin **Bettina Limperg** wird den Entwurf des Konzepts in mehreren Informations- und Dialogveranstaltungen in der Justiz vorstellen. Bis März 2013 haben Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die Verbände zudem die Möglichkeit, schriftlich Stellung zu nehmen. Das Konzept stellt eine wichtige Ergänzung zu dem neuen Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz dar, mit dem

die Mitwirkungsrechte der Richterinnen und Richter, der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte gestärkt werden. Insgesamt sind in der Justiz des Landes rund 2100 Richterinnen und Richter sowie rund 500 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte beschäftigt. Das Personalentwicklungskonzept für die Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ist ein Baustein der konzeptionellen Personalentwicklung in der Justiz. Auch das Konzept für den Unterstützungsbereich gehört dazu, es liegt bereits seit August 2012 vor. Ein Personalentwicklungskonzept für den gehobenen Dienst wird folgen.

JM, Pressestelle, 22. Januar 2013

Der BSBD – immer am Ball – hoch engagiert – und gut sichtbar

Impressionen von unserer Teilnahme an der Demonstration von dbb-BBW-Tarifunion am 5. März 2013 in Stuttgart zu den Tarifverhandlungen für unsere angestellten Kolleginnen und Kollegen – und zur zeit- und inhalts-gleichen Übernahme von 5,6 Prozent* für die Landesbeamtinnen und Landesbeamten sowie für die Versorgungsempfänger!

*Tarifabschluss vom 9. März 2013



Der BSBD zeigt Präsenz
... und Flagge
unter 7.500 Teilnehmern





Vor der dritten Verhandlungsrunde in Stuttgart

Für faires Tarifergebnis: Tausende demonstrieren Stärke

Öffentlich Beschäftigte aus allen Bereichen im Landesdienst haben am 5. März 2013 in Stuttgart für ein faires Tarifergebnis Stärke demonstriert. 7500 Arbeitnehmer, solidarisch unterstützt von Beamten und Versorgungsempfängern, waren dem Aufruf des dbb, BBW und DGB-Gewerkschaften gefolgt.

Sie alle reihten sich in den kilometerlangen Protestzug durch die Stuttgarter Innenstadt zum Schlossplatz ein, wo **BBW-Chef Volker Stich** die Solidarität aller öffentlich Beschäftigten beschwor: „Gemeinsam werden wir die Landesfinanzminister zum Einlenken zwingen, denn ohne uns funktioniert Deutschland nicht“, rief er den Kolleginnen und Kollegen zu, die lautstark Zustimmung signalisierten. Mit harscher Kritik bedachte **Stich** hingegen

die öffentlichen Arbeitgeber, die es bislang nicht einmal für nötig gefunden hätten, ein Angebot zu unterbreiten. Diese Blockadehaltung sei eine Provokation, die sich die Beschäftigten nicht länger gefallen ließen, warnte **Stich** und forderte den Verhandlungsführer der TdL, **Finanzminister Bullerjahn** aus Sachsen-Anhalt auf: „**Bewegen Sie sich, Herr Bullerjahn und gestalten Sie endlich Tarifpolitik.**“

Ähnlich kritische Worte richtete **Stich** auch an die Adresse der **grün-roten Landesregierung**, die er aufforderte, endlich Verantwortung zu übernehmen und das „**Wegducken**“ und „**Verzögern**“ zu beenden. Die Beschäftigten erwarteten in der dritten Verhandlungsrunde nicht nur ein verhandelbares Angebot, sondern vor allem einen fairen Abschluss, mahnte **Stich**. Der Gewerkschaftsforderung nach 6,5 Prozent mehr Geld nannte der **BBW-**

Landesvorsitzende und stellvertretende dbb Vorsitzende nicht nur fair, sondern auch vernünftig. „Der öffentliche Dienst muss sich lohnen“, rief er der Menge auf dem Schlossplatz zu und begründete: Jetzt gehe es darum, im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um die besten Köpfe eines Jahrgangs zu bestehen. Verweigerten die öffentlichen Arbeitgeber aber den Beschäftigten und den Nachwuchskräften, egal ob im Tarif- oder Beamtenbereich eine angemessene Bezahlung, drohe der Ausverkauf der öffentlichen Verwaltung. Schon heute fehlen Fachkräfte in den Finanzämtern, an den Schulen, bei der Polizei und in der technischen Fachverwaltung. Diese Entwicklung gelte es zu stoppen, mahnte **Stich**. Dazu braucht es ein Tarifergebnis, das den Beschäftigten und der von Ihnen geleisteten Arbeit gerecht wird.



Konstituierung der neuen Fachgruppen

„Psychologischer Dienst“ und „Junge Bedienstete“ am 18. Februar 2013 in Stuttgart gegründet

Am Tagungsort in den Räumen der Debeka-Geschäftsstelle in Stuttgart begrüßte um 10.00 Uhr der Erste stellvertretende Landesvorsitzende Georg Konrath die Anwesenden zu den konstituierenden Sitzungen der beiden neuen Fachgruppen des BSBD. Für den allgemeinen Teil am Vormittag übernahm Michael Schwarz die Protokollführung.

Um 10.10 Uhr begrüßte der Leiter der Debeka-Geschäftsstelle, Herr **Danielis** die Anwesenden und gab seiner großen Freude Ausdruck, dass eine Kooperation zwischen dem **BSBD** und der *Debeka* zustande gekommen sei und diese Tagung nun in den Räumen seiner Geschäftsstelle abgehalten werden könne.

Er erwähnte kurz die bevorstehenden Reaktionen bei der *Debeka* auf die Änderungen in der Beihilfeverordnung sowie die möglichen Folgen bei einer Einführung der Bürgerversicherung. Dann wünschte er noch ein gutes Gelingen der Veranstaltung.

Es folgte eine Vorstellungsrunde, die mit Kollegen **Konrath** zu seiner Person und seinem beruflichen Werdegang begann. Er brachte sein Bedauern zum Ausdruck, dass bei den jungen Bediensteten kein Vertreter aus dem Werkdienst mit dabei sei, und er betonte die große Chance dieser neuen Fachgruppe, auch über den „Tellerrand“ der eigenen Fachgruppe hinausschauen zu können.

Er erhoffe sich von der neuen Gruppe auch neue Impulse für die Arbeit des **BSBD**-Landesvorstandes und eine intensive Vernetzung zu den übrigen jungen Bediensteten im Justizvollzug. Im Anschluss nannten die Teilnehmer kurz ihre Namen, Anstalt, Berufsgruppe und ihr Aufgabengebiet.

Georg Konrath berichtet aus der Arbeit des BSBD-Landesvorstandes und des Hauptpersonalrats beim Justizministerium

- Er referierte über die Gründungsidee für die Fachgruppen und wie sich der lange Weg über den Delegiertentag mit Änderung der Satzung bis zur heutigen Sitzung gestaltet hat.
- Er erläuterte den Teilnehmern die Gründe des **BSBD** zum Abschließen von Kooperationspartnerschaften (wie z. B. ein größeres Leistungsangebot für die Mitglieder, Kostenersparnis bei Veranstaltung).



Georg Konrath.

Foto: BSBD-BW

- Es folgten Basis-Informationen über den **BSBD: Mitgliederzahlen, Dachverbände, Mitgliedervorteile.**
- **Das dreisäulige Rechtsschutzsystem**, welches der **BSBD** seinen Mitgliedern bietet, wurde durch Kollegen **Konrath** gut, verständlich und eindrucksvoll dargestellt.
- Die Bedeutung der Kooperation mit dem **Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e.V.** (vormals: BRH) wurde erklärt.
- **Politische Bedeutung des BSBD** im Vergleich zu größeren Verbänden. Er ging hier speziell auf die guten Kontakte zur Hausspitze des Justizministeriums, die sachliche Zusammenarbeit und das damit verbundene Vertrauensverhältnis ein. Dadurch würden den Mitgliedern Vorteile erwachsen, weil der **BSBD** zu vollzuglichen Themen und zu Entscheidungen bereits im Vorfeld gehört und seine Positionen ernst genommen würden, denn der **BSBD** werde im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften von Praktikern geführt und er könne dies mit Praxisnähe und hohem Sachverstand einbringen.
- Abschließend erklärte er den Anwe-

senden noch, dass dies alles im **Landesvorstand** rein ehrenamtlich und mit viel persönlichem Engagement, kostengünstig und effektiv geleistet werde.

Es wurde gut veranschaulicht, dass der **BSBD** die Interessenvertretung aller Fachgruppen und Bediensteten im Justizvollzug ist und so auch auf die speziellen und individuellen Probleme/Interessen der einzelnen Gruppen eingegangen werden kann. Dabei sei die Vernetzung aller Gruppen im **BSBD** ein sehr wirksames Räderwerk zum Nutzen aller Bediensteten und des Justizvollzuges.

Den Teilnehmern wurde erläutert, weshalb es Fachgruppen gibt und welche Aufgaben sowie Rechte diese bei den Entscheidungen des Landeshauptvorstandes haben.

- Den Teilnehmern wurde nun der **Hauptpersonalrat beim Justizministerium** durch dessen Vorsitzenden **Konrath** dargestellt.
- Es wurde die Zuständigkeit nach § 85 LPVG erklärt.
- Anhand eines Schaubildes wurde die **Zusammensetzung des HPR** erläutert. Nur dem **BSBD** als wirkungsvoller Vertretung und größter Fachgewerkschaft der Justiz sei es zu verdanken, dass aus dem Justizvollzug seit 1970 ununterbrochen der Vorsitzende des Hauptpersonalrats gestellt werde. Die Vorteile, die sich für den Vollzug daraus ergäben, seien nicht zu unterschätzen. Kollege **Konrath** ging auf die letzte und die anstehende Personalratswahl im kommenden Jahr ein.
- Mit einem weiteren Schaubild zeigte er eindrucksvoll die gesamten **Aufgabengebiete des HPR** und erläuterte diese anhand von Praxisbeispielen wie z.B. an der Schließung der Grundbuchämter und dem Neuaufbau der geplanten Dienststellen, den Problemen bei Neustart GmbH u. a.
- Er informierte über die Kontaktadressen und Sprechzeiten des **HPR**.
- Es wurde über die Entstehung, die Ziele und Aufgaben der **ARGE HPR** berichtet.
- **Georg Konrath** ging auf die „Beamten-Sonderopfer gestern, heute und morgen“ ein. Er zeigte die verschiedenen Punkte auf: Streichung des Urlaubs-


Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD


0800-0404041
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
 Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt
 Pralat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseko

geldes, Kürzung und Integration des Weihnachtsgeldes, „Sparpakete 1 und 2“ und er gab wichtige Hintergrundinformationen, die den Teilnehmern offensichtlich so nicht bekannt waren, wie z. B. die Mitfinanzierung der Rentenbeiträge der gesetzlich Versicherten über die Ökosteuern der Beamten.

- Er warb und ermunterte die Kollegen zur Arbeit und zum Engagement in den örtlichen Personalräten.
- Er erwähnte auch noch die Protestveranstaltung des **BBW** in der Liederhalle in Stuttgart Anfang März 2012 und er wies auf die bevorstehenden Veranstaltungen hin, die im Zusammenhang mit den laufenden **Tarifverhandlungen** stehen.
- Das **Haftplatzentwicklungsprogramm** und die Folgen der Rücknahme der Teilprivatisierung bei der JVA Offenburg wurden von Kollegen **Konrath** ebenso erörtert wie die Problematik der Stellenbesetzungen, der Schließung der Außenstelle Heidenheim und der noch anstehenden von Heidelberg bis zur nicht im Programm vorgesehenen Schließung von Ellwangen. Thematisiert wurden auch die damit verbundenen Probleme für die Bediensteten



Michael Schwarz.

Foto: BSBD-BW

und die erheblichen Verlängerungen von Transportwegen zu den Gerichten.

- **Es folgten Kurzberichte über**
 - **Internetzugang** für Bedienstete und die Probleme der Einführung,
 - **Gesundheitsmanagement** mit Erläuterung des Lenkungsprozesses,
 - **Krankheitsentwicklung** mit Zahlen, Prognosen und Ursachenerhebung.
- Nach der Mittagspause wurde die Tagung in getrennten Arbeitsgruppen „**Psychologischer Dienst**“ und „**Junge Bedienstete**“ fortgesetzt. Die beiden Fachgruppen nahmen nunmehr in getrennten Räumen ihre internen Beratungen auf und führten die Wahlen für die jeweiligen Sprecher und ihrer Vertreter durch (s. hierzu die folgenden Berichte in dieser Ausgabe).

Michael Schwarz/wok

Fachgruppe der Psychologen gegründet

Bei den Ortsverbänden sollen Fachgruppenvertreter bestellt werden

Am 18. Februar 2013 hat sich in Stuttgart die Fachgruppe Psychologischer Dienst konstituiert. Dies war möglich geworden, weil der BSBD seine Satzung beim Delegiertentag 2012 in Schwäbisch-Gmünd bei der Aufzählung der Fachgruppen entsprechend erweitert hatte.

Die Fachgruppe Psychologischer Dienst möchte sich besonders folgenden Themen annehmen:

- Anerkennung des Psychologischen Dienstes als Führungskräfte
- Supervision für PsychologInnen
- Fachvertretung im Justizministerium durch eine/n Psychologin/en
- Stellendifferenzierung (Diagnostik vs. Behandlung)
- Funktionsstellenkategorisierung
- Berufliche Qualifikation/Approbation/Personalentwicklung
- Transparenz des Beförderungsverfahrens/Beurteilungsverfahrens
- Öffnung des Stellenkegels
- Ende des Behandlungsvollzugs/Richtungswechsel?

Diese Themensammlung soll auf der nächsten Arbeitssitzung des **BSBD** am 17. April 2013 entsprechend vertieft werden.

Bei allen Ortsverbänden, sofern nicht bereits geschehen, soll ein örtlicher Fachgruppenvertreter „**Psychologischer Dienst**“ bestellt werden und dessen Kontaktdaten wären bei der Landesgeschäftsstelle des **BSBD** zu hinterlegen. Für Fragen und Anregungen rund um den Psychologischen Dienst stehen gerne



Von links nach rechts: Rene Cuadra (JVA Offenburg), Betina Bamberg (JVA Rottenburg), Hans Guggenheim (JVA Mannheim / Sprecher der Arbeitsgruppe), Wiebke Randau Dr. (JVA Schwäbisch Hall), Sandra Christian (JVA Heimsheim), Bert Mäckelburg (Sozialtherapeutische Anstalt Asperg / stellv. Sprecher). Foto: BSBD-BW

Hans Guggenheim, Telefon 0621/398-398, Hans.Guggenheim@jvammannheim.justiz.bwl.de oder **Bert Mäckelburg**, Telefon 07141/669-544, Bert.Maackelburg@sozasperg.justiz.bwl.de zur Verfügung.

Fachgruppe für Junge Bedienstete im BSBD

Am 18. Februar 2013 in Stuttgart gegründet

Ansprechpartner der Fachgruppe:

Michael SCHWARZ.

Gewählte Sprecher:

1. Sprecher:

Philipp WEIMANN,

2. Sprecher:

Christopher RUBERTINO.

Schriftführerin:

Rebecca NEFF.

Arbeitsgruppe:

Philipp WEIMANN, Chris RUBERTINO, Danny PFESTORF, Jürgen ROTHMUND, Ralf SCHRAUT, Rebecca NEFF.



Philipp Weimann.



Chris Rubertino.

Anwesende:

Tagungsleitung: **Georg Konrath** (JuM STGT) und **Michael Schwarz** (SGH)

1. **Pfestorf, Danny** (JVA Freiburg)
2. **Ott, Ann-Kathrin** (JVA Schwäbisch Gmünd)
3. **Egler, Thomas** (JVA Schwäbisch Gmünd – AS Ellwangen)
4. **Niggemeyer, Mareike** (JVA Schwäbisch Hall)
5. **Neff, Rebecca** (JVA Adelsheim)
6. **Weimann, Philipp** (JVA Heilbronn)
7. **Ott, Patrick** (JVA Heimsheim)
8. **Christ, Susanne** (JVA Ulm)
8. **Rothmund, Jürgen** (JVA Ravensburg – AS Fronreute)
9. **Schädle, Katrin** (JVA Rottweil – AS Hechingen)
10. **Schraut, Ralf** (JVA Mannheim)
11. **Rubertino, Christopher** (JVA Karlsruhe)
12. **Nalefa, Alexander** (JVA Offenburg)

Fortsetzung Seite 22

Folgende Punkte waren Inhalt unserer Gesprächsrunde, die wir nach und nach engagiert und kraftvoll bearbeiten wollen:

- Beruf und Familie (= Planungssicherheit)
- Perspektive nach der Ausbildung: Situation der Laufbahn (= mittelfristige Übernahme und dann? Zurückversetzung – Rückkehroption nach absehbarer Zeit)
- Reisekosten bzgl. Abordnung: Geldmittel in Relation zur Wegstrecke, sozialverträgliche Umsetzung
- Was passiert mit jungen Kollegen bei Aufnahme von Bediensteten aus geschlossenen JVA's (= Fahrtkostenerstattung nur ein halbes Jahr)
- Fortbildungen auch für jüngere Bedienstete / Fortbildungsangebot
- Ausbildungsrahmen verletzt durch hohe Krankheitsrate der Kollegen
- Angestellte sollten einheitlich in BW nach Ausbildungsabschluss drei Sterne auf den Schulterklappen erhalten, damit vor den Gefangenen eine Gleichstellung zu den ausgebildeten Beamten gewährleistet wird. *Rebecca Neff*

„Klettern gegen Krebs“

Aus dem Ortsverband Mannheim

„Ich habe Krebs!“ Wenn dir das deine Partnerin am Telefon sagt, dann zieht es dir erst mal den Boden unter den Füßen weg! Auf einmal kommen 1000 Fragen – und auch die Angst, aber auch Schmerz und Wut. Soll ich wieder nur zuschauen müssen, verdammt zur Untätigkeit??

Der Gedanke, mich aktiv an der Krebshilfe zu beteiligen, kam mir schon recht früh nach der Diagnose! Nur in welcher Form ?? Ich kann nicht singen, ich kann nicht tanzen oder ähnliches in der Richtung – was ich aber schon mindestens 30 Jahre mache, ist Bergsteigen, Klettern und Wandern.

Lässt sich Krebshilfe/Aufklärung und Bergsteigen verbinden? Ja, warum denn nicht?! Und der Gedanke: „Klettern gegen Krebs“ war geboren. Das Vorhaben beinhaltet die höchsten Gipfel des Berchtesgadener Landes zu erklimmen



und dabei schwierige Routen zu nehmen wie zum Beispiel die Direkte Watzmann-Ostwand. Alles im Alleingang.

Mit der Deutschen Krebshilfe e.V. fand ich einen interessierten Partner und die Unterstützung mit Logo, Flyern und einem Bericht in der Fachpresse mit Spendenaufruf.

Anfang Juli geht es los, weitere Infos auch unter: http://www.berg-trekking.de/klettern_gegen_krebs/

Markus Maldinger

Ortsverband Ostalb mit neuem neuen Vorstand

Raymund Hengster zum Vorsitzenden gewählt

Jahresversammlung des OV Ostalb fand am 30. Januar 2013 in Ellwangen-Neunheim statt

An der Versammlung haben 16 Mitglieder – darunter 3 Pensionäre – teilgenommen. Als Gast war Herr Geier von dem Kooperationspartner BGV eingeladen. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Michael Schwarz stellte Herr Geier den Anwesenden die Produkte und die Vorteile der BGV vor.

Der Vortrag wurde mit großem Interesse verfolgt und war nach ca. zwanzig Minuten mit einer offenen aktiven Fragerunde beendet.

Anschließend wurde Herr Geier verabschiedet und es folgte der Bericht des Vorsitzenden. Hierbei wurde besonders auf Veränderungen im Justizvollzug eingegangen, wie

- auf die Änderungen bei der Beihilfe bei Neueinstellungen,
- auf Probleme der Anwärter und jungen Beamten durch die veränderte Praxis zur Einsatzverwendung nach dem Abschlusslehrgang und
- auf Veränderungen der Vollzugslandschaft, insbesondere im Hinblick auf die geplante Schließung der Außenstelle Ellwangen. Dies führte erwartungsgemäß zu einer sehr lebhaften



Raymund Hengster.

Foto: BSBD-BW

Diskussion und einem intensiven Meinungsaustausch.

Es wurde noch über die letzten Landeshauptvorstandssitzungen und den 17. Delegiertentag 2012 berichtet. Der Vorsitzende Schwarz ging dann nochmals auf das Rechtsschutzsystem des BSBD Landesverbandes ein; dies bestätigte insbesondere den neuen Mitgliedern, sich für die richtige Interessensvertretung entschieden zu haben. Es folgten kurze

Berichte des Schriftführers und der Fachgruppenvertreter. Von allen Fachgruppenvertretern wurde die gute Zusammenarbeit zwischen den Fachgruppen und ihre Kontakte untereinander gelobt. Speziell Herr Michael Frank wies nochmals ausdrücklich auf die im letzten Jahr sehr gute Zusammenarbeit der Fachgruppe des landwirtschaftlichen Dienstes hin.

Nach dem Kassenbericht, der ohne Beanstandungen blieb, erfolgte die Entlastung des Vorstandes.

Herr Steeb, welcher Mitglied im Seniorenverband Ellwangen ist, erstattete der Versammlung Bericht über die Aktivitäten des Seniorenverbandes in Ellwangen und über die Kundgebung in Stuttgart im letzten Jahr. Von Herrn Schwarz und Herrn Steeb wurden die große Bedeutung und der Einfluss des Seniorenverbandes auf der politischen Ebene und damit die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit diesem Verband betont.

Nun folgte die geplante Neuwahl

Das Ergebnis der Wahl:

1. Vorsitzender **Raymund Hengster** (s. Foto)
2. Stellv. Vorsitzender **Michael Schwarz**
3. Kassierer **Lothar Baumann**

4. Kassenprüfer **Walter Weber** und **Michael Frank**
5. Schriftführer **Manfred Schultes**
6. Fachgruppenvertreter junge Bedienstete **Thomas Egler**
7. Fachgruppenvertreter AVD **Fabian Angstenberger**
8. Fachgruppenvertreter Sanitätsdienst **Eugen Baumann**
9. Fachgruppenvertreter Landwirtschaftlicher Dienst **Michael Frank**
10. Fachgruppenvertreterin weibliche Bedienstete **Sina Huttenlocher**

Für die anderen Fachgruppen wurden keine Vertreter benannt. Nach dem Abschiedswort von Herrn **Schwarz**, der Gratulation an den neuen Vorsitzenden **Raymund Hengster** und dessen Grußwort an die Anwesenden endete der offizielle Teil der Jahresversammlung des Ortsvereins Ostalb, und es ging in ein gemütliches Beisammensein über, das mit einem gemeinsamen Essen begann. Dabei wurde noch lebhaft über die aktuellen Probleme weiterdiskutiert.

Michael Schwarz

OV Justizvollzugs- krankenhaus Hohenasperg wählte neuen Vorstand

Am 20. Februar 2013 versammelten sich die Mitglieder des JVKH Hohenasperg, um einen neuen Vorstand zu wählen. Folgende Mitglieder unseres Verbandes BSBD stellen nunmehr den Ortsverbandsvorstand.

Erster Vorsitzender:

Christoph Abele

Stellvertretender Vorsitzender:

Michael Mauermann

Schriftführer: **Kurt Welz**

Kassiererin: **Jutta Kölz**

Kassenprüfer: **Markus Nafzger**

Vertreter für die einzelnen Fachgruppen konnten bei dieser Versammlung noch nicht benannt werden.

Der bisherige Vorsitzende – unser geschätzter Kollege **Dieter Müller** – hat nach nunmehr 22 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit im Vorstand des Ortsverbands Hohenasperg und somit im Dienste des BSBD sein Amt an **Christoph Abele** weitergegeben. Für seine langjährige Verbandsarbeit wird ihm sehr herzlich gedankt!

Jeweils 290.000 Euro für 2013 und 2014

Land stellt Geld für „Nachsorgeprojekt Chance“ zur Verfügung

Rainer Stickelberger: „Das Projekt leistet praktische Hilfe auf dem Weg aus dem Gefängnis in einen straffreien Alltag“

Die Finanzierung für das Nachsorgeprojekt Chance ist verstetigt worden: Nachdem das Projekt zur Unterstützung entlassener Straftäterinnen und Straftäter seit dessen Gründung 2005 mit Mitteln aus der Baden-Württemberg Stiftung finanziert worden war, stehen in diesem und im kommenden Jahr jeweils 290.000 Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung. „Das Nachsorgeprojekt Chance leistet einen wertvollen Beitrag zur Resozialisierung von Straftäterinnen und Straftätern“, sagte Justizminister **Rainer Stickelberger** am Freitag 1. März 2013 in Stuttgart: „Ich bin froh, dass wir aus der Haft Entlassenen in Baden-Württemberg weiterhin diese ganz praktische Hilfe auf dem Weg aus dem Gefängnis in einen straffreien Alltag anbieten können.“

Ziel des Nachsorgeprojekts Chance ist es, Straftätigen, die nicht durch die Bewährungshilfe betreut werden, in ihrem Leben in Freiheit zu unterstützen. Für einen Zeitraum von drei bis sechs Monaten werden sie auf eigenen Wunsch hin begleitet, beispielsweise bei der Wohnungs- und Arbeitssuche. Außerdem stehen ihnen die Betreuerinnen und Betreuer in Bereichen wie der schulischen Bildung, der Schuldentilgung, der Gesundheit oder auch der Familienhilfe zur Seite. Träger des Nachsorgeprojekts ist der Verein Projekt Chance e.V. Dessen Vorsitzender, der frühere Justizminister **Prof. Dr. Ulrich Goll**, wies darauf hin, dass dank der Finanzierung aus Haushaltsmitteln eine Ausweitung des Betreuungsangebots möglich wurde: „Ab sofort können Haftentlassene unabhängig von ihrem Alter unterstützt werden.“ Bislang habe eine Altersgrenze von 40 Jahren gegolten. „Die demografische Entwicklung bringt es mit sich, dass es mehr und mehr ältere Gefangene gibt. Dieser Entwicklung tragen wir nun Rechnung.“ Die Kontinuität in der Betreuung der Projektteilnehmer ist für **Oliver Kaiser** vom Netzwerk Straffälli-

genhilfe in Baden-Württemberg ein wesentlicher Aspekt für das Gelingen der Nachsorge. Er berichtete, dass Straffällige bereits in der Haft den späteren Betreuer oder die spätere Betreuerin kennenlernen würden. „Das gibt ihnen das sichere Gefühl, in der Zeit nach der Entlassung eine feste Anlaufstation zu haben“, sagte **Kaiser**. Das Nachsorgeprojekt Chance wurde im Herbst 2005 ins Leben gerufen. Seit der Gründung bis Ende vorigen Jahres wurden insgesamt 2045 Inhaftierte über das Projekt informiert, 1162 davon nahmen das Angebot einer Betreuung an. 90 Prozent der Teilnehmer sind männlich.

Das Nachsorgeprojekt kann in Baden-Württemberg flächendeckend in Anspruch genommen werden. Für die Umsetzung vor Ort sorgt das Netzwerk Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg, ein Zusammenschluss aus dem Badischen Landesverband für soziale Rechtspflege, dem Verband der Bewährungs- und Straffälligenhilfe Württemberg e.V. und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband. In den ersten Jahren des Bestehens wurde das Nachsorgeprojekt von der Baden-Württemberg Stiftung finanziert. Bis Ende 2010 standen 500.000 Euro zur Verfügung, über zwei weitere Jahre hinweg erfolgte eine Zwischenfinanzierung (220.000 Euro pro Jahr). 2013 ist das erste Jahr, in dem das Nachsorgeprojekt über den Landeshaushalt finanziert wird.

Das Nachsorgeprojekt Chance ist eines von drei Projekten unter dem Dach des Vereins Projekt Chance e.V. Daneben gibt es noch das Jugendprojekt, bei dem es um den Jugendstrafvollzug in freier Form geht, sowie das Eltern-Kind-Projekt, bei dem vor allem die Kinder inhaftierter Eltern im Fokus stehen. Mehr über den Verein Projekt Chance e.V. und die einzelnen Projekte gibt es im Internet: www.projekt-chance.de

JM Pressestelle, 1. März 2013

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen **supergünstig**
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtdarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E-5, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

Öffentlicher Dienst demonstrierte Geschlossenheit in Stuttgart

